

## Nein zur „Kopfpauschale“ – Ja zum „evolutionären“ Systemwechsel?

**„Wir werden die Landtagswahl zur Abstimmung über die geplante Kopfpauschale machen.“**

Gut zwei Monate vor den Landtagswahlen am 9. Mai in NRW hat die SPD-Führung unter diesem Motto zu einer bundesweiten Unterschriftensammlung gegen die „Kopfpauschale“ in der Gesetzlichen Krankenversicherung aufgerufen.

Die SPD- und auch die Gewerkschaftsführung warnen zu Recht davor, dass eine umfassende Durchsetzung der „Kopfpauschale“ bedeuten würde, dass alle BürgerInnen, vom Niedriglöhner bis zum Einkommensmillionär, den gleichen Pauschalbeitrag zahlen müssten. Das ist die Zerstörung des Solidarprinzips in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), nach dem die Höhe der Beiträge der Mitglieder der GKV, in der überwältigenden Mehrheit ArbeitnehmerInnen, sich bis zu einem gewissen Grad nach der Höhe ihres Einkommens richtet. Mit der „Kopfpauschale“ werden Millionen Patienten, die diesen Beitrag von ihren Niedriglöhnen nicht zahlen können, zur „Bittstellerei beim Staat“ verurteilt.

Rüttgers (CDU), Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, kann sich, um keinen Stimmen-Einbruch bei den Wahlen zu riskieren, die Erklärung erlauben, er sei nicht für die „Kopfpauschale“. Auch Merkel will um jeden Preis vermeiden, mit dem Schreckgespenst „Kopfpauschale“ eine Niederlage am 9. 5. zu provozieren und damit ihre Regierungsmehrheit zu destabilisieren.

Sie betont die im Koalitionsvertrag beschlossene schrittweise Umsetzung von

Maßnahmen der Loslösung des Krankenversicherungssystems von der Lohnanbindung und der Aushebelung der solidarischen und paritätischen Beitragserhebung.

Damit setzt sie die Politik der Schröder-Regierung und der Großen Koalition fort, den, wie sie es nennt, „evolutionären Umbau“ des Gesundheitssystems Schritt für Schritt voranzutreiben. Diese Schritt für Schritt-Maßnahmen, von Anfang an seit der Regierung Schröder, bedeuten den Systemwechsel: die Aushebelung des Prinzips der paritätischen und solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung aus dem Gesamtlohn und des Prinzips der solidarischen und paritätischen Beitragserhebung.

Die Finanzierung der Gesundheitsversorgung aus dem Gesamtlohn der Arbeitnehmer ist eine von der Arbeiterbewegung erkämpfte Errungenschaft, die den Millionen gesetzlich Versicherten das Recht auf kostenlose Vollversorgung entsprechend dem Stand der medizinischen Entwicklung garantieren soll.

Alle Kürzungen der Sozialbeiträge, wie z. B. die Senkung der Krankenkassenbeiträge am 1. Juli 2009 im Rahmen des Konjunkturpakets II von 15,5 auf 14,9%, und vor allem die Schrumpfung des Arbeitgeberanteils an den Gesundheitsausgaben, führen notwendig zu Einschränkungen in der Versorgung auf Kosten der Patienten: durch immer neue Formen der Selbstbeteiligungen für die Patienten, den Wegfall von Leistungen, Praxisgebühr, Zuzahlungen zu Arzneimitteln.

Die Senkungen des Beitragsanteils der Arbeitgeber (der jetzt schon nach Angaben des DGB nur noch bei 38% liegt) und der nach den Plänen der schwarz-gelben Regierung ab 2011 ganz eingefroren werden soll, müssen die Arbeitnehmer über die Erhöhung ihres Beitragsanteils schultern.

Alle diese Maßnahmen sind schon Teil eines praktizierten Systemwechsels hin zur Zwei-Klassen-Medizin.

Und in dieser Situation startet die SPD-Führung die Kampagne gegen die „Kopfpauschale“, erlaubt es aber Rüttgers und Merkel einerseits, derartige Absichten für diese Legislaturperiode weit von sich zu weisen. Andererseits gibt sie ihnen so die Möglichkeit, ungestört von öffentlicher Aufmerksamkeit die beschlossenen Schritte zu ihrem „evolutionären“ Systemwechsel weiter zu verfolgen.

Müsste man nicht erwarten, dass diese

von der arbeitenden Bevölkerung mit der SPD, gestützt auf ihre Gewerkschaften, erkämpfte Jahrhunderterrungenschaft der GKV und des öffentlichen Gesundheitswesens von der SPD verteidigt werden?

Tatsächlich mussten die Arbeitnehmer erleben, dass gerade von einer SPD-Regierung unter Schröder der entscheidende Einstieg in die Demontage der sozialen Sicherungssysteme, darunter der GKV, stattgefunden hat. Die jetzige SPD-Führung hat alle diese Maßnahmen mitgetragen, und sie erhebt auch heute nicht ihre Stimme gegen die Fortsetzung dieser Politik durch die bürgerliche Koalitionsregierung unter Merkel.

Ist für die Gabriel-SPD die Offensive gegen die „Kopfpauschale“ nur ein Feigenblatt, hinter dem versteckt sie die Politik der Regierung Merkel zur Unterminierung der solidarisch, paritätisch finanzierten – an den Lohn gebundenen – GKV begleitet?

GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen aus NRW haben es als ihre Verantwortung übernommen, die politische Initiative (\*) zu ergreifen, um den Kurs der kleinen Koalitionsregierung von Rüttgers in NRW und von Merkel, das öffentliche Gesundheitssystem weiter vor die Wand zu fahren, wirklich zu stoppen. Sie kämpfen für die Aufhebung aller Maßnahmen dieses schleichenden Systemwechsels und für eine Gesetzesinitiative für die wirkliche Wiederherstellung der paritätisch und solidarisch aus dem Gesamtlohn der Arbeitnehmer finanzierten GKV.

Es gibt keinen Zweifel, wenn die SPD auf den Kampf für eine solche Gesetzesinitiative verpflichtet würde, könnte sie sich auf die Gewerkschaften und die Mobilisierung der Bevölkerungsmehrheit stützen, um die bürgerliche Koalitionsregierung Rüttgers am 9. 5. abzulösen und die Regierungsmacht in NRW für die Durchsetzung einer solchen Gesetzesinitiative zu erobern.

**CARLA BOULBOULLÉ**

### Konferenz am 7. November 2009 in Berlin:

#### „November 1989 – 2009. Ungelöste Probleme der Revolution von 1989 und ihre Aktualität für das vereinte Deutschland und Europa“

Soeben erschienen die Reden auf der Konferenz und der Reader, der in Vorbereitung der Konferenz herausgegeben wurde.

Diese Dokumentation, in der durchaus kontroverse Meinungen zum Ausdruck kommen, versteht sich als Grundlage für die Weiterführung der Diskussion, u.a. auch in den auf der Konferenz vorgeschlagenen »Arbeitskreisen Marxismus und Arbeiterbewegung«.

**Das Buch umfasst 200 Seiten und kostet 14,80 Euro.** Bestellungen bitte über die Redaktionsadresse!

(\*) KollegInnen, die sich in dieser Initiative engagieren, sowie für eine Gesetzesinitiative im NRW-Landtag dafür, dass die Arbeitsplätze und Werke von Opel Bochum unter staatlichen Schutz gestellt werden, laden ein zur Konferenz am 13. März in Bochum, um alle zu versammeln, die den politischen Kampf dafür führen, die Hindernisse für die vereinte Mobilisierung der Arbeiterschaft und Jugend und ihrer Organisationen für diese Forderungen zu überwinden.